

Aus der Wahlschlappe gelernt?

Katharina Dröge, Fraktionsvorsitzende Grüne, im Interview mit Moritz Küpper

"Informationen am Morgen", 18.7.2024, 8:10 Uhr

Moritz Küpper: Ich begrüße nun Katharina Dröge von Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist eine von zwei Chefinnen der Grünen-Bundestagsfraktion, geht heute von Stralsund auf Sommerreise und ist jetzt bei uns in der Leitung. – Guten Morgen!

Katharina Dröge: Schönen guten Morgen.

Küpper: Frau Dröge, wir haben gerade von dem Prozess von gestern Abend und von den Ergebnissen gehört. Würden Sie sagen, es braucht mehr Grün pur?

Dröge: Das was es braucht ist tatsächlich auf der einen Seite eine Konzentration auf die Themen, die für uns Grüne sehr relevant sind. Das ist Kinder, Klima, Wirtschaft, um das einmal so stark zuzuspitzen. Das sind, diejenigen, die unsere Zukunft sind, bestmöglich zu unterstützen, unseren Planeten davor zu bewahren, dass die Klimakrise weiter eskaliert, aber auch ganz konkret die Lebensrealität der Menschen zu beantworten, das heißt steigende Preise und habe ich einen sicheren Job. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite – und das hat der Bundesvorstand aus meiner Sicht sehr klar beantwortet – steht man auf zwei Beinen und deswegen geht es auch darum, mehr Menschen dafür zu begeistern, Grüne zu wählen, als bislang. Da spielen Themen wie beispielsweise innere und äußere Sicherheit eine große Rolle und hier haben wir als Grüne auch sehr klar gesagt, wenn Sie sich beispielsweise den Bundeshaushalt anschauen, der wird der Lage im Land und international noch nicht gerecht. Da bräuchte es auch mehr, um unsere Sicherheit zu stärken.

Küpper: Über diesen Bundeshaushalt, über einzelne Punkte – der Ball liegt ja jetzt im

Parlament – möchte ich gleich mit Ihnen sprechen. Noch einmal kurz bei Ihrer Partei

bleibend, bei dem Ergebnis bei der Europawahl und dem, was Sie gerade gesagt haben.

Klima ist ein Punkt, der Kampf gegen den Klimawandel. Ist dieses Ergebnis vielleicht auch ein

Ergebnis für Sie selber, das Sie jetzt bekommen haben, ein Schlussstrich oder eine Quittung

vielmehr für diese offensive, die drängende, ja die fordernde Klimapolitik, manch einer sagt

sogar Verbotspolitik, Stichwort Heizungsgesetz, mit der man politisch mitunter das Gegenteil

erreicht, die Leute verschreckt?

Dröge: Wenn man sich anschaut, wie die Leute nach der Europawahl geantwortet haben, dann sagt die große Mehrheit, Klimakrise gehört zu den größten Sorgen, die sie haben. Das steht an Stelle Nummer zwei.

Küpper: Das ist unstrittig. Aber wie umgehen damit?

Dröge: Es gehört nicht zu den Top drei der wahlentscheidenden Themen, und da liegt die Aufgabe und die Herausforderung für uns Grüne. Wir wollen tatsächlich die Leute wieder mehr so ansprechen, dass sie entweder Spaß haben, mitzumachen beim Klimaschutz, oder zumindest den Eindruck haben, für mich ist das schaffbar. Im Bereich der Verkehrspolitik,

der hart diskutiert wird, dieser Sektor, heißt das für mich beispielsweise: Ich war in Cottbus und die Menschen sagen, ich brauche einen Bahnanschluss und vernünftige IC-Verbindungen und ein bezahlbares 49-Euro-Ticket, das macht uns dann überhaupt erst möglich umzusteigen. Dann war ich in Mecklenburg-Vorpommern, in Demmin auf dem Land. Da sagen die Leute, hier kommen Bus und Bahn gar nicht erst. Das als Lebensrealität anzuerkennen und zu sagen, ist okay, aber mit der Kombination aus Solaranlagen und Elektroauto sparst du am Ende Geld, da ist eine gute Lösung, das aus meiner Sicht nach vorne zu stellen, wie schaffe ich das und du wirst es schaffen und wir unterstützen dich dabei, das begeistert die Leute hoffentlich in Zukunft auch wieder mehr, Klimaschutz zum entscheidenden Wahlthema zu machen.

Küpper: Der nächste große Prüfstein auch für Sie konkret werden die Haushaltsverhandlungen, die Verabschiedung des Haushalts sein. Der Kabinettsentwurf liegt jetzt vor. Was an diesem Haushalt ist eigentlich noch grün?

Dröge: Den einen Schwerpunkt, die Unterstützung von Kindern, habe ich gerade schon genannt und da bin ich auch wirklich sehr stolz darauf, dass uns das in den Haushaltsverhandlungen gelungen ist. Kinder werden in Zukunft mehr Unterstützung kriegen, und zwar alle Kinder, egal ob die Eltern Kindergeld beziehen oder ob die Kinder im Bürgergeld sind.

Küpper: Verzeihen Sie, Frau Dröge, wenn ich Sie da unterbreche. Genau dazu hat die taz – das ist ja durchaus ein Organ, was Ihnen als Partei durchaus nahesteht – geschrieben, dieser Haushaltsentwurf ist der endgültige Beleg dafür, dass die Kindergrundsicherung beispielsweise weg ist und nur noch eine Website übriggeblieben ist.

Dröge: Das ist falsch. Das ist definitiv falsch. Der Haushaltsentwurf legt die Grundlage dafür, dass die Kindergrundsicherung im Parlament zu Ende verhandelt werden kann. Im Haushalt konnte nur das Geld geregelt werden und das wurde geregelt. Es wird nächstes Jahr mehr Geld für Kinder geben. Das ist die ganz wichtige Grundlage, die der Haushalt schafft. Das Gesetz für die Kindergrundsicherung ist aber schon längst im Deutschen Bundestag und nicht mehr auf der Ebene der Bundesregierung. Deswegen konnten die da auch gar nichts mehr verabreden. Im Deutschen Bundestag wollen wir das nach der Sommerpause fertig verhandeln und dann auch beschließen in der Koalition und da geht es dann darum, dass die Leistungen, die Kinder bekommen sollen, für die Eltern deutlich leichter in Anspruch genommen werden können. Wir wollen am Ende jedes Kind erreichen und nicht zufällig die nicht, wo die Eltern nicht wissen, dass sie Unterstützung bekommen könnten.

Küpper: Da haben Sie noch Hoffnung. – Machen wir einen Schritt zurück, schauen wir auf das gesamte Paket. Es gibt durchaus Kritiker, die sagen, dass da viele Lücken noch drin sind, dass da noch viel nachverhandelt, konkretisiert werden muss. Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionschef hat vergangene Woche bereits gesagt:

O-Ton Rolf Mützenich: "Dass so früh der Bundeskanzler sich mit allen Fachministerinnen und Ministern hat einschalten müssen, dass das gelingt, spricht nicht unmittelbar für denjenigen, der für diesen Haushaltsentwurf dann auch unmittelbar Verantwortung trägt."

Küpper: Kritik am Bundesfinanzminister, an Christian Lindner. – Täuscht der Eindruck, oder hat das Parlament dieses Mal besonders viel mit diesem Haushaltsentwurf zu tun?

Dröge: Als Fraktionsvorsitzende haben wir immer den Anspruch, einen Haushalt noch einmal zu verändern. Es ist quasi unsere Königsdisziplin als Parlament, hier die Entscheidungen zu treffen. Das haben wir auch in der Vergangenheit gemacht, auch sehr selbstbewusst gemacht, und ich bin mir sicher, dass auch alle vier Fraktionsvorsitzenden der Ampel genau dieses Ziel für den kommenden Haushalt verfolgen.

Um hier ein Beispiel zu nennen, was für uns als Grüne sehr wichtig ist: Im Bereich der humanitären Hilfe, der internationalen Unterstützung tun wir aus meiner Sicht noch nicht genug.

Küpper: Da sind Löcher.

Dröge: Genau! Da ist es auch in den letzten Haushalten immer wieder im Parlament gelungen, Kürzungen zurückzunehmen und diese wichtige internationale Verantwortung besser zu erfüllen, als es der Haushaltsentwurf vorsah. Das ist auch mein Ziel, diesmal wieder hier eine Korrektur vorzunehmen.

Küpper: Es ist davon auszugehen, dass das Parlament immer daran etwas ändert. Das ist ja das strucksche Gesetz. Aber noch mal die Frage: Ist dieser Haushalt jetzt besonders viel Arbeit für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier?

Dröge: Es gibt bestimmte Fragen, die würde ich gerne lösen, die kann ich aktuell nicht lösen. Die würden eine Reform der Schuldenbremse erfordern und dafür brauche ich die Union. Die ist wirklich eingeladen, Friedrich Merz insbesondere, mit uns hier in das Gespräch einzusteigen, um mehr für äußere Sicherheit zu tun und für die Stärkung der Wirtschaft.

Küpper: Ich glaube, es würde eher an Christian Lindner scheitern als an Friedrich Merz.

Dröge: Am Ende bräuchte diese Koalition eine Zwei-Drittel-Mehrheit und ich bin sehr optimistisch, dass die CDU sich irgendwann in diese Richtung auch bewegen wird, das Richtige zu tun. Die Ministerpräsidenten der Union machen das jetzt schon, das vom Bund zu fordern, und wenn Friedrich Merz sich bewegen würde, wäre ich zuversichtlich, dass wir das auch als Koalition gemeinsam schaffen, hier eine notwendige Maßnahme zu ergreifen, um Wirtschaft und Sicherheit an die erste Stelle zu stellen.

Daneben, wenn Sie fragen, ob dieser Haushaltsentwurf mehr oder weniger Arbeit macht: Ich glaube, er ist genauso herausfordernd wie alle anderen Haushaltsentwürfe auch. Und das heißt, am Ende werden wir einen guten Haushalt beschließen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.